

Von der Oberfläche in die Tiefe

(In Gedenken an Daniel H.)

Der gewaltsame Tod eines Menschen ist ein zutiefst emotionaler Vorgang. Aber der Schmerz darüber darf nicht den Blick auf dessen Ursachen verstellen und schon gar nicht uns die Vernunft rauben.

Wir gedenken Daniel H. und sprechen der Familie und den Angehörigen unser aus tiefstem Herzen kommendes Beileid aus.

Ein tragischer und sinnloser Tod. Die Täter sind zur Rechenschaft zu ziehen!

Die politische Instrumentalisierung durch rechte und neofaschistische Kräfte und deren pöbelnde Aufmärsche sind zu verurteilen. Sie fanden massiv ausgerechnet am Weltfriedenstag unverholten in Chemnitz mit rassistischen und menschenverachtenden statt. Jedweden Anstand vermissend, vereinnahmten sie den tragischen Tod von Daniel H. für ihre miesen und verabscheuungswürdigen Forderungen. Provozierend ihr Auftritt und in der Anwendung von Gewalt nicht zimperlich – so präsentierten sich die Anhänger von Höcke, Bachmann, Kohlmann und Co. und skandierten einen neuen Nationalismus. Und nicht wenige liefen diesen neuen selbsternannten "Herrenmenschen" hinterher, angeblich aus Sorge. Die Parole: "Merkel muss weg" trugen sie wie eine Monstranz vor sich her.

In den "Sozialen Netzwerken" tobt ein "Krieg" gegen alle, die nicht ausländerfeindlich sind. Blut und Boden Rhetorik steht auf der Tagesordnung. Der nicht vorhandene "Arier" erlebt seine Auferstehung. Die, die einen "Rechtsstaat" fordern, meinen den Ihren, sie meinen ihre Gesetze - "Ausländer raus!", "Deutschland zuerst". Beleidigungen gegenüber Migrant*innen werden von den Administratoren, allen voran von "tag24" bei facebook, geduldet, aus Angst, die Meinungsfreiheit einzuschränken. Antikommunismus, auch beflügelt von manch linken Strömungen, scheint mittlerweile nur noch eine Bagatelle.

Hier rächt sich das Märchen von der "wehrhaften Demokratie". In entscheidenden Momenten der Geschichte war die Demokratie, wie wir sie heute kennen, nie wehrhaft. Die AfD ist beispielsweise gerade dabei, mit demokratischen Mitteln diese Demokratie abschaffen zu wollen. Und nicht nur die AfD. Ein Blick in andere, mittlerweile rechtsgerichtete europäische Länder, zeigt, wie schnell mit Hilfe der Demokratie genau diese manchmal schleichend und später ganz offen abgeschafft werden kann.

Ja, diese Regierung muss weg, aber aus Gründen, die mit ihrer Politik die Ursachen der weltweiten Fluchtbewegung mit 68 Millionen Menschen setzt und die Spaltung der Gesellschaft befördert.

Dies sind die Kriege der USA, von Deutschland unterstützt oder toleriert, die Afghanistan, Syrien, Libyen...destabilisiert und unbeschreibliches Elend unter der Bevölkerung erzeugt haben. Dies sind die Rüstungsexporte Deutschlands in alle Welt mit den weitreichenden Folgen der Verelendung und des gesellschaftlichen Chaos. Dies sind die Verschärfung der Gegensätze, von Arm und Reich sowie Ost und West, insbesondere in Deutschland. Dies sind auch der Nachhall einer Politik der Deindustrialisierung der ehemaligen DDR, der Missachtung ostdeutscher Biografien sowie Lebensleistungen, die Nichteinhaltung des Versprechens von den blühenden Landschaften im Osten und, und...

Die Verletzungen demokratischer Grundsätze und humanitärer und sozialer Rechte durch die Regierenden in Deutschland und Europa werden nunmehr offensiv und aggressiv von rechten Parteien und Gruppierungen für ihre menschenverachtenden politischen Aktivitäten, u.a. zur Schaffung sogenannter national befreiter Zonen, mittels Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, genutzt. Sie fordern ein starkes Deutschland, in den Grenzen von 1937, leugnen die Existenz von Konzentrationslagern, „würdigen“ den Mut deutscher Soldaten in den Weltkriegen, zeigen den Hitlergruß und stellen faschistische Symbole zur Schau, als hätte es 1933 bis 1945 nicht gegeben - alles unter den Augen von Polizei und Verfassungsschutz. Über die Jahre haben sich rechte Gruppierungen und Parteien ungehindert gründen und ausbreiten können.

Die AfD ist, dank der Duldung durch etablierte Parteien, auch eine Heimat für Staatsanwälte,

Richter und Polizisten geworden.

Die Bundeswehr ist nach wie vor ein Hort des Nationalismus und eines Traditionsverständnisses, die das „Eiserne Kreuz“ an ihrer Kampftechnik trägt und verleiht sowie Kasernennamen für faschistische Generäle zulässt.

Eine solche Entwicklung sollte eigentlich das Grundgesetz verhindern. Es ist, wie so vieles in diesem „Rechtsstaat“, nicht umgesetzt worden. Warnende Hinweise gab es genügend:

Wo kein Wille ist, ist auch kein Weg (Lars Winkler, 2005)

Art. 139 GG – Die zur „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus“ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.

1953 - Bundestagsabgeordneter und Fraktionsvorsitzender der KPD. Bekannt wurden seine Worte zur Ablehnung des Grundgesetzes durch die KPD: „Wir unterschreiben nicht. Es wird jedoch der Tag kommen, da wir Kommunisten dieses Grundgesetz gegen die verteidigen werden, die es angenommen haben!“

„Anlässlich der Gedenkfeier zum 60. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald sagte Bundeskanzler Gerhard Schröder am 10.4.2005 in Weimar folgende, wahrhaft ehrenvolle Worte: „Die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus, an Krieg, Völkermord und Verbrechen ist Teil unserer nationalen Identität geworden. Daraus folgt eine bleibende moralische und politische Verpflichtung.“ Sollte der Bundeskanzler diesen Worten allerdings Folge leisten wollen, so müsste er, was vor ihm noch kein anderer Bundeskanzler mit ausreichender Konsequenz getan hat, mit aller Kraft versuchen, mit Kontinuitäten zu brechen, die zu seinen Worten einen faden Beigeschmack zufügen und zum anderen bis heute in höchst bedrückender Weise fortwirken.

Seine wohl bekannteste Rede hielt Richard von Weizsäcker bei der Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa.

„Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft... Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.“

Vor fünfzig Jahren, am 2. Juli 1965, wurde in Ostberlin das „Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik – in Staat, Wirtschaft, Verwaltung, Armee, Justiz, Wissenschaft“ vorgestellt; Verena Nees (4. Juli 2015)

„In seiner ersten Auflage listete es die SS-Dienststränge und NS-Parteiämter von 1800 Wirtschaftsführern, Politikern und führenden Beamten der Bundesrepublik Deutschland auf, in der dritten Auflage von 1968 sogar von über 2.300 Personen -- darunter von 15 Ministern und Staatssekretären, 100 Generälen und Admirälen der Bundeswehr, 828 Richtern, Staatsanwälten und hohen Justizbeamten, 245 leitenden Beamten des Auswärtigen Amtes und 297 hohen Polizeiangehörigen und Mitarbeitern der Verfassungsschutzbehörden. Die Angaben wurden detailliert mit Aussagen und Zitaten aus Gerichts-, Militär- und Gestapoarchiven und teilweise mit Faksimiles belastender Dokumente belegt.

„Das ganze System ist braun“, erklärte Herausgeber Albert Norden bei der internationalen Pressekonferenz. Das Braunbuch löste eine tiefe politische Krise aus und führte zu zahlreichen Rücktritten von Beamten und Ministern.

Es spielte eine wichtige Rolle in der Protestbewegung der 1960er Jahre. Schlagartig wurde damals klar, dass es eine „Stunde Null“ nie gegeben hatte, das heißt einen gesellschaftlichen Neuanfang nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, wie dies die Adenauerregierung verkündet hatte. Das Braunbuch brachte den Stein ins Rollen. Nach 1965 wurden viele weitere ehemalige NS-Täter im deutschen Staatsdienst entlarvt – man denke an den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger, dessen Todesurteile als Marinerichter bis in die letzten

Kriegstage erst 1978 bekannt wurden.“

Ehrlich und kritisch Ursachen für Rechtsentwicklung in Deutschland benennen(KPF Chemnitz , 2017)

„Der rechte Virus, oft zu hören und zu lesen, grassiert wohl besonders im Osten Deutschlands, dessen Herkunft aber zu hinterfragen ist. Bei genauerer Analyse kam mir spontan der Slogan "Die Rechten kommen aus dem Westen" in den Sinn. Dies ist sicher eine sehr verkürzte Sichtweise, aber es ist auffallend, dass die Führungsriege der AfD mit westdeutschen Biografien, also einer von westlichen Werten geprägten Zeit ihrer Bildung und Sozialisierung, aufwartet. Sie sind Kinder einer Zeit, wo Nazis (Globeke, Kiesinger, Speidel...) in der Bundesrepublik führende Positionen in Politik, Justiz, Polizei, Geheimdiensten, Bundeswehr, Bildung usw. innehatten und somit für eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung verantwortlich zeichneten.

Petry, Höcke, Gauland, Maier...hat es, warum auch immer, in den Osten verschlagen und hier rekrutieren sie sicher nicht ungeschickt das Personal und Wählerinnen und Wähler für ihre menschenverachtende Ideologie. Ein gleiches Muster finden wir beim Aufbau der NPD sowie rechtsradikaler Gruppen, vor allem in den sogenannten neuen Bundesländern. Letztendlich werden aber vorwiegend durch Politiker und leider auch Medien nur die Menschen und Verhältnisse im Osten für den offensichtlichen Rechtsruck von Sachsen bis Mecklenburg-Vorpommern verantwortlich gemacht. In den Betrachtungen bleibt völlig ausgeblendet, dass nach 1990 ein Heer von Beamten den Osten überschwemmte und die maßgeblichen Führungspositionen besetzten. Sie haben doch ihre Wertevorstellungen eingebracht und mit zum Teil drakonischen Maßnahmen, wie z.B. Evaluierungen, Entlassungen, durchgesetzt und auch dafür gesorgt, dass personalpolitisch ein Kahlschlag in Bereichen wie Wissenschaft, Bildung, Kultur, Medien, Justiz, Polizei...erfolgte. Dieser Prozess vollzog sich auch bei den einverleibten und neu gegründeten Parteien sowie z.T. bei den Gewerkschaften.

Auch diese Umstände, und nicht nur die gebrochenen Biografien, waren doch in den vergangenen 27 Jahren für die Menschen im Osten prägend und haben wohl einige, neben den sozialpolitischen Verwerfungen, empfänglich für Gauland und Konsorten gemacht.

Der unerbittlich zu führende Kampf gegen Rechts muss gesamtgesellschaftlich und ohne jegliche Ressentiments Ost-West, aber vor allem ehrlich und ohne einem ideologischen Brett vor dem Kopf, ausgetragen werden“.

Es ist Zeit, hinter die politischen Kulissen zu schauen und die Ursachen für die seit Jahren andauernde rechten Entwicklungen zu analysieren und zu benennen und die Finger in einen verwundeten Rechtsstaat zu legen - auch wenn dies äußerst schmerzhaft ist.

Es gilt mit aller Konsequenz sich der weiteren Rechtsentwicklung entgegenzustellen und den braunen Sumpf in Behörden und Ämtern sowie Bundeswehrkasernen trocken zu legen und das gescheiterte V-Leute-System abzuschaffen.

Die Parteien, Verbände und deren Vertreter sowie die Politiker sind an ihrem Einsatz für Demokratie und ihrem soziale Gewissen sowie politischen Handeln zu messen!

Gebt nur denen Eure Stimme und übertragt nur den gesellschaftliche Verantwortung, die sich für ein friedliches Miteinander und für soziale Gerechtigkeit in Wort und Tat einsetzen!

Jonny Michel und Raimon Brete
Stadtverband DIE LINKE Chemnitz